



## Peter Beck nimmt den Hut

Die Liechtensteinische Post muss bald einen neuen Geschäftsführer suchen. Peter Beck hat gekündigt. 3

## Friedensstiftende Botschaft

The Gospel People gastieren im Rahmen ihrer Welttournee am 22. Dezember im Vaduzer Saal. 15

Das offizielle Verzeichnis  
des Fürstentum Liechtenstein

## Telefonbuch

Ein Produkt der Gutenberg AG  
T +423 239 50 50 · [www.gutenberg.li](http://www.gutenberg.li)



## Betrugsfall

Verdächtiger sitzt noch in U-Haft 3

## Wahlprogramm

Die FBP präsentiert 10 Eckpunkte 5

## Erfolgreich

Liechtenstein hat 25 neue Wirte 7

## Jubiläum

Die Johanneskirche wird 60 Jahre alt 9



## Fleissig gefragt

Von 2013 bis 2016 wurden 720 Kleine Anfragen gestellt. 3

## Sapperlot

Die USA sind weiterhin die grössten Vermögensverwalter der Welt. 52,5 Prozent aller Spargelder liegen mittlerweile in den Vereinigten Staaten von Amerika. Damit haben die USA ihre Vormachtstellung nicht nur halten, sondern gar extrem ausbauen können. Ein Zuwachs von 10,6 Prozent konnte verzeichnet werden. Der grösste Verlierer ist die Schweiz. Die Anteile an den verwalteten Vermögen rutschen von rund 8,6 Prozent auf knapp unter 4 Prozent. Die USA haben somit die Schweiz innerhalb einer Dekade vom Siegerpodest auf einen Marktanteil unter ferner liefen gestossen. Applaus hat der Weltpolizist dafür nicht verdient. Während europäische Banken mit Millionen- und Milliardenbussen aus den USA eingedeckt und geschwächt wurden, halten sich amerikanische Bankhäuser weiterhin nicht an internationale Richtlinien. Damit wird man leben müssen. Die Schweiz ist zu klein, um sich zu wehren und die EU ist wegen zu vielen eigenen Problemen mit sich selbst beschäftigt.

Philipp Kolb



Prüfen Sie den Ruf Ihrer Partner mit einem Klick.

FIRMENSUCHE.LI

Grösste digitale Wirtschaftsdaten Firmen | Personen | FLI Schweiz

# Pedrazzini: «Hier braucht es keinen Plan B»

**Gesundheitswesen** Minister Mauro Pedrazzini sieht der allfälligen Kündigung von OKP-Verträgen durch die Ärzte gelassen entgegen. Dann würden die Stellen neu ausgeschrieben.

Patrik Schädler  
pschaedler@medienhaus.li

Die Regierung trifft sich noch zu zwei Sitzungen in diesem Jahr. In diesen zwei Sitzungen muss Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini noch einen letzten Entscheid für die Umsetzung des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) beschliessen lassen. Da sich der Krankenkassenverband und die Ärztekammer nicht auf einen Taxpunktwert beim Ärzttarif einig konnten, liegt diese Aufgabe nun bei der Regierung.

Dass sich danach Gesundheitsminister Pedrazzini und die Ärzte zu Weihnachten unter dem Mistelzweig treffen und Frieden schliessen, ist nicht zu erwarten. Die Ärztekammer hat sich an einer der letzten Sitzungen bereits

auf aktiven Widerstand eingestellt. Offenbar lautet der Plan, dass die OKP-Verträge von den Ärzten gekündigt werden, um damit einen vertragslosen Zustand zu erreichen und so den Krankenkassenverband und Mauro Pedrazzini unter Druck zu setzen. Derzeit hüllt sich die Ärztekammer offiziell noch in Schweigen. Gemäss unbestätigten Informationen planen sie aber für die kommende Woche eine Information.

### «Eine sechsmonatige Kündigungsfrist»

Für Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini ist diese Drohung auf verschiedene Gerichte, «die bar jeglicher Vorstellung sind», zurückzuführen. Aber es gebe natürlich immer Leute, die ein Interesse daran hätten, alle gegen

die Politik oder den Krankenkassenverband aufzuwiegeln, erklärte er gegenüber Radio L. Deshalb sieht er auch keine Notwendigkeit weiter darauf einzugehen: «Hier braucht es keinen Plan B. Wenn jemand seinen Vertrag kündigt, wird die Stelle neu ausgeschrieben. So ist es im Gesetz vorgesehen.»

### Kein Versorgungsengpass zu befürchten

Auch ein Versorgungsengpass ist gemäss Mauro Pedrazzini nicht zu befürchten. «Die Regierung hat zwei Möglichkeiten. Sie kann einen neuen Tarifvertrag erlassen oder in einen bestehenden Tarifvertrag eingreifen. Wir haben uns für das Letztere entschieden. Das bedeutet, wir können gewisse Teile eines bestehenden Vertrags verändern. Und

dies bedeutet, dass eine sechsmonatige Kündigungsfrist eingehalten werden muss», so Pedrazzini. Der noch offenen Entscheidung der Regierung könnten die Ärzte eigentlich gelassen entgegenblicken, denn der Gesundheitsminister bestätigte auf Anfrage erneut: «Ich orientiere mich am Taxpunktwert in der Ostschweiz und dieser liegt bei 83 Rappen. Von 77 Rappen, wie von manchen Ärzten kolportiert wird, wurde nie ausgegangen.» Er wolle nichts anderes als eine vernünftige Versorgung für das Land sicherstellen. Diese Vernunft fordert er auch von den Ärzten: «Wer als Arzt seine völlige Freiheit will, kann nicht über die Krankenkasse abrechnen. Wer über die Krankenkasse abrechnen möchte, muss gewisse Bedingungen erfüllen.»

## Jetzt fehlt nur noch der Schnee



**Traumhaft** Klirrende Kälte, Nebel und Sonnenschein zauberten auch in den vergangenen Tagen wunderschöne Landschaftsbilder. Doch Weihnachten naht – und so mancher wünscht sich jetzt eine verschneite Traumlandschaft.

Bild: Daniel Schwendener

## Beratungen nach Renzis Rücktritt

**Rom** Der italienische Präsident Sergio Mattarella hat am Donnerstagabend die Sondierungsgespräche zur Überwindung der politischen Krise nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Matteo Renzi begonnen. Mattarella empfing zunächst den Senatspräsidenten Pietro Grasso und die Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Laura Boldrini sowie Ex-Staatschef Giorgio Napolitano im Quirinalspalast in Rom. Im Gespräch sind vor allem vorgezogene Neuwahlen oder die Bildung einer Expertenregierung. Die Sondierungsgespräche werden sich mehrere Tage hinziehen. (sda)

## EZB verlängert Milliardenflut

**Frankfurt** Die Europäische Zentralbank pumpt noch länger Milliarden in die Märkte. Das hilft hoch verschuldeten Staaten wie Italien. Doch es gibt erste Anzeichen auf einen Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik. Die Hoffnung auf ein allmähliches Ende der umstrittenen Geldflut der Europäischen Zentralbank (EZB) wächst. Zwar verlängerten die Währungshüter wenige Tage nach dem Italien-Votum am Donnerstag ihr milliardenschweres Kaufprogramm für Staatsanleihen und andere Wertpapiere um neun Monate bis mindestens Ende Dezember 2017. Zugleich beschloss der EZB-Rat in Frankfurt jedoch, von April an monatlich nur noch 60 Milliarden Euro statt 80 Milliarden Euro in den Markt zu pumpen. Fast zwei Jahre nach dem Start des gewaltigen Kaufprogramms im März 2015 werteten viele Ökonomen dies als erstes Signal, dass die Notenbank allmählich zur Normalität zurückkehrt. (sda)

## Kein Werbeverbot für Tabakprodukte

**Bern** Denkwort für den Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset: Das schweizerische Parlament hat nämlich das Bundesgesetz über Tabakprodukte an den Bundesrat zurückgewiesen. Auch der Nationalrat will nichts von einem Werbeverbot wissen. Die freie Marktwirtschaft sei höher zu gewichten als die Prävention. Mit 101 zu 75 Stimmen bei 14 Enthaltungen folgte die grosse Kammer dem Ständerat, welcher die Vorlage in der Sondersession mit 28 zu 15 Stimmen zurückgewiesen hatte. Die Mehrheit von SVP, FDP und CVP brachte das Gesetz zu Fall. Nun muss der Bundesrat über die Bücher. (sda)